Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Durlacher Wochenblatt. 1829-1920
1920

81 (13.4.1920)

Visual Library

Durlacher Tageblatt

(Durlacher Wochenblatt gegr. 1829)

mit den Amtl. Bekanntmachungen für den Amtsbezirk Durlach

Erscheint täglich nachmittags, Sonn- und Feiertage ausgenommen. Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus im Stadtbereich vierteljährl. 6 ℳ, monatl. 2 ℳ, Einzelnummer u. Belegblatt 10 ₰.

Redaktion, Druck und Verlag: Adolf Dups, Durlach, Mittelstraße 6
Fernsprecher 204.

Die einspaltige Petitzeile oder deren Raum 30 ₰, Reklamezeile 1.50 ℳ dazu 20 % Teuerungszuschlag. Schluß der Anzeigenannahme tags zuvor nachmittags 4 Uhr, für dringliche Familienanzeigen am Erscheinungstag ½9 Uhr vormittags.

Kleine Anzeigen sind sofort zu bezahlen. Für Platzvorschriften und Tag der Aufnahme kann keine Gewähr übernommen werden.

Nr. 81. Dienstag, den 13. April 1920. 91. Jahrgang.

Tagesschau.

Wie das „Berl. Tagebl." erfährt, wird der Reichskanzler heute in der Nationalversammlung eine Erklärung über das Verhalten der Reichsregierung gegenüber dem Vorgehen der Gewerkschaften abgeben.

Wie die Berliner „Börsenzeitung" erfährt, wird der Posten des Wiederaufbauministers bis auf weiteres nicht besetzt werden. Es hat sich als unmöglich erwiesen, für das jetzige Uebergangsministerium eine geeignete Persönlichkeit zu finden.

Der Pariser Berichterstatter der „Idna Nationale" berichtet seinem Blatte, daß nach seinen Informationen Frankreich bereits bemüht sei, einen ehrenvollen Ausweg aus der peinlichen Lage, in der es angesichts der Haltung seiner Verbündeten sich befinde, zu suchen. Frankreich sei bereit, Frankfurt zu räumen, wenn die deutschen Truppen aus der neutralen Zone zurückgezogen würden. In einigen Kreisen in Paris versichert man, daß das Abrücken der Franzosen eine Frage von Tagen sei.

In der „Humanité" wird ein Protest des ständigen Verwaltungsausschusses der sozialdemokratischen Partei Frankreichs gegen das Vorgehen der französischen Truppen in Frankfurt a. M. veröffentlicht. Außerdem tadelt die Entschließung die jetzt von der französischen Regierung eingeschlagene Politik, die eine Politik des nationalen Blocks genannt wird.

Der Berichterstatter des „Intransigant" erfährt aus Mainz, 500 Mann belgische Truppen hätten Arlons verlassen, um sich nach Mainz zu begeben, von wo sie nach dem neu besetzten Gebiet weitergeleitet wurden.

Nach einer Privatmeldung des „Petit Parisien" aus Le Havre sind 4 Pinassen in Cherbourg angekommen, die von einem Kanonenboot geführt wurden. Sie haben Bestückung erhalten und sollen nach dem Rhein als Bewachung abgehen. Auch Marineinfanterie soll von Le Havre als Besatzungstruppe nach Süddeutschland abgehen.

Wie die Pariser Presse mitteilt, hat Lloyd George vor seiner Abreise nach San Remo noch die Antwort auf die französische Note festgestellt. In Paris erwartet man ihre Ueberreichung im Laufe des Montags.

Das „B. T." meldet aus Stockholm, die in Kopenhagen weilenden russischen Unterhändler werden sich in dieser Woche nach Berlin begeben zur Anknüpfung der Handelsbeziehungen zwischen Deutschland und Rußland.

„Algemeen Handelsblad" meldet, das Abkommen mit Deutschland betr. einen Lebensmittelkredit von 25 Millionen Gulden ist gestern unterzeichnet worden.

Das Repräsentantenhaus nahm die Entschließung, durch die der Krieg mit Deutschland als beendigt erklärt wird, mit 243 gegen 150 Stimmen an. 22 Demokraten stimmten mit der republikanischen Mehrheit zu Gunsten der Entschließung. Die Entschließung geht nun an den Senat.

Die „Times" melden aus Newyork, daß der Eisenbahnerstreik sich jetzt vom Atlantischen bis zum Stillen Ozean ausdehnt. In Chigaco sei die Lage sehr ernst.

Der Franzosen-Einfall.

Eine Erklärung der deutschen Regierung.

Berlin, 12. April. (Amtlich.) Die deutsche Regierung hat die französische darauf aufmerksam gemacht, daß sich nach vorliegenden Nachrichten französische Truppen im Vorgehen in Richtung nach Aschaffenburg befinden. Für den Fall, daß diese Nachricht sich bewahrheitet, sieht sich die deutsche Regierung verpflichtet, auf die Gefahr bewaffneter Zusammenstöße der vorrückenden französischen Truppenteile mit den deutschen Truppen hinzuweisen. Auf Grund dieser Note hat Herr Paleologue am 10. April den deutschen Geschäftsträger dahin verständigt, daß Frankreich nicht beabsichtigt, Aschaffenburg zu besetzen. Auch Stockstadt sei nicht besetzt worden. Die französischen Vorhuten hätten lediglich aus militärischen Gründen in die Nähe dieser Stadt vorgeschoben werden müssen.

Eine Mahnung Süddeutschlands.

W.T.B. Stuttgart, 12. April. Die am Samstag vormittag hier abgehaltene **Konferenz der Regierungen von Bayern, Württemberg, Sachsen, Baden und Hessen** kam nach eingehender Aussprache über die gegenwärtige politische Lage zu folgendem Ergebnis:

Die in Stutgart vertretenen Regierungen **protestieren** gegen die neuerdings erfolgte feindliche Besetzung der Bezirke Frankfurt a. M. und Darmstadt. Sie ist ungesetzlich und wird weder durch das Rheinlandabkommen, noch durch den Friedensvertrag gerechtfertigt. Die Regierungen erklären, daß sie allen Maßnahmen der Reichsregierung zur Wahrung der Reichsinteressen zustimmen und **jeden Versuch, Süddeutschland vom Reiche zu trennen, mit aller Entschiedenheit zurückweisen.** Bezüglich der allgemeinen wirtschaftlichen und politischen Lage verlangen die vertretenen Regierungen, daß streng der Reichsverfassung gemäß verfahren wird, denn nur so ist die Zukunft des Reiches und der deutschen Nation zu sichern. Jede Zentralisation, die über ein vernünftiges Maß hinausgeht, ist eine Gefahr, vor der die vertretenen Regierungen auf das entschiedenste warnen.

Eine neutrale Stimme.

W.T.B. **Kopenhagen**, 12. April. Zu dem französischen Vorgehen im Rheinland schreibt „Ekstrabladet" u. a.: „Ueberall in der Welt versteht man, daß die Deutschen infolge der verzweifelten Lage im Ruhrgebiet so handelten; nur in Frankreich will man das nicht verstehen. In Italien, England und Amerika begreift man, daß **die Deutschen** bei dem Einmarsch in Westfalen **keine Hintergedanken** hatten. Man wacht in Paris mit großer Angst darüber, daß Deutschland nicht wieder zu Kräften kommen kann. Es kann kaum ein Zweifel darüber herrschen, daß **die tiefe Kluft**, die bezüglich der Anschauungen über Deutschland besteht, zu einem offenen gefährlichen **Konflikt** zwischen Frankreich und den anderen Ententemächten führen kann, wenn es nicht gelingt, den französischen Standpunkt zu beseitigen. Ehe dieser Standpunkt nicht vollständig beseitigt ist, gibt es auch keinen wirklichen Frieden in Europa. **Der ganz unbegründete Einmarsch** französischer Truppen in große deutsche Städte ist ein **grauenhafter Ausdruck des Mangels an Verständnis.**"

Die „Buße" Frankfurts. Der Stadt Frankfurt wurde wegen des Ueberfalles auf einen französischen Jäger, wobei sein Fahrrad und sein Karabiner abhanden gekommen sind, eine Kontribution von 10 Fahrrädern, 10 Revolvern und 10 000 Goldmark auferlegt, die bis heute abend in den Händen der Franzosen sein müssen.

Keine Zusammenstöße in Darmstadt. Die Meldung auswärtiger Blätter, daß es in Darmstadt zu schweren Zusammenstößen zwischen der Zivilbevölkerung und den Franzosen gekommen sei, ist völlig aus der Luft gegriffen.

Die Haltung der Alliierten.

Der Protest Englands.

W.T.B. **London**, 12. April. Die „Times" melden, daß die der französischen Regierung übermittelte **britische Note** über den französischen Vormarsch in Deutschland **in energischem Tone** abgefaßt ist. Die Note erklärt, daß **das Verhalten Frankreichs eine ernste Streitfrage im Zusammenhang mit der Durchführung des Friedensvertrages aufwerfe**, die kaum anders behandelt werden könne, als durch eine übereinstimmende Aktion der Alliierten. Das sei klar bei einem Problem von solcher Größe, wo keiner der Alliierten in der Lage sein würde, mit ihm allein gegen den Widerstand Deutschlands fertig zu werden. Die Note instruiert den britischen Botschafter in Paris, an keiner Konferenz der Botschafter teilzunehmen, in der Fragen, die den deutschen Friedensvertrag berühren, zur Beratung kämen, wenn Frankreich nicht die Versicherung gibt, daß es in Zukunft mit den Alliierten gemeinsam handeln würde.

Das Reutersche Büro hat durch Nachfrage in unterrichteten Kreisen über die internationale Lage erfahren, daß **alle amtlichen Meinungsäußerungen in England** bezüglich der Entsendung französischer Truppen nach der neutralen Zone vornehmlich getan wurden, um **zu verhindern, daß das englisch-französische Bündnis**, auf das sich die Hoffnungen der Welt gründen, **irgend welchen Schaden erleide**, keineswegs aber, um die öffentliche Meinung in irgend einem Lande in Erregung zu bringen. **Die Ansicht der britischen Minister** wird von dem Grundgedanken beherrscht, daß sich jedes **Bündnis rasch lösen muß, wenn irgend ein Mitglied der Allianz in irgend einer wichtigen Frage eine Aktion aus eigener Initiative ohne Zustimmung der anderen Mitglieder der Allianz unternimmt.** Im vorliegenden Falle wird geltend gemacht, daß der Friedensvertrag eine Lage, wie sie jetzt besteht, nicht vorgesehen hatte. Großbritannien sei vollkommen bereit, einer Aktion zuzustimmen, wenn die Deutschen ihre Garantien, die neutrale Zone zur festgesetzten Zeit zu räumen, nicht einhalten. Das Vertrauen und der Glaube an die Entente, sowie die freundschaftlichen Gefühle für das französische Volk seien nicht vermindert worden.

Frankreichs Rechtfertigung gegenüber England.

W.T.B. **Paris**, 12. April. In der von Frankreich der britischen Regierung übermittelten Note stellt die französische Regierung zunächst fest, daß über die Loyalität ihrer Haltung kein Zweifel bestehen könne. Die Alliierten seien von ihrer Politik stets verständigt worden. Die französische Regierung hat immer erklärt, gegen den Einmarsch weiterer deutscher Truppen in das Ruhrgebiet zu sein und beigefügt, daß die Erlaubnis hierfür auf jeden Fall die militärische Besetzung von Frankfurt und Darmstadt zur Bedingung haben müsse. Am 3. April informierte die französische Regierung ihre Vertreter in den alliierten Hauptstädten in diesem Sinne durch ein Telegramm, dessen Abschrift gleichzeitig den alliierten Botschaftern in Paris zugestellt wurde, worin Marschall Foch die militärischen Maßnahmen prüfte, die nunmehr weder vermieden noch aufgeschoben werden konnten. Andererseits erinnert die französische Regierung daran, daß es sich um die Verletzung einer der feierlichsten Bestimmungen des Versailler Vertrages handle und daß die deutsche Regierung selbst die Notwendigkeit einer vorherigen formellen Bewilligung auf Aufhebung des Artikels 43 und gleichzeitig das Recht der französischen Regierung, hierfür einen Gebietsteil zu verlangen, anerkannt hat. Nie hat die französische Regierung über das deutsche Versprechen, die Reichswehr sofort nach Wiederherstellung der Ordnung zurückzuziehen, im Zweifel sein können. Weder für die Wiedergutmachung, noch für die Auslieferung der Schuldigen, noch für die Kohle, noch für die Entwaffnung der Armee haben die Alliierten die durch den Versailler Vertrag ausbedungenen Befriedigungen erhalten. Hat die britische Regierung die Gefahr dieser fortgesetzten systematischen Verletzungen wohl berücksichtigt? In welchem Augenblick glaubt sie auf dem Wege der Konzessionen stillstehen zu dürfen?

Auf jeden Fall ist Frankreich jetzt gezwungen, zu sagen: Es ist genug. Es verlangt weiter nichts mehr, als mit den Alliierten zusammen zu wirken. Die französische Regierung ist nicht weniger als die englische Regierung von der unumgänglichen Notwendigkeit überzeugt: die Einigkeit der Alliierten in der Ausführung des Friedensvertrages aufrecht zu erhalten. Dieses enge Einverständnis zwischen Frankreich und England ist jedenfalls unerläßlich zu einer gerechten Lösung der großen Probleme, die sich gegenwärtig sowohl in Rußland wie auf dem Balkan, wie in Klein-Asien zeigen. Die Note schließt mit der Versicherung, daß die französische Regierung auf Grund dieser Erwägungen sich völlig bereit erklärt, sich vor ihrem Handeln in allen interalliierten Fragen, die die Ausführungen des Friedensvertrages aufwerfen, die Zustimmung der Alliierten zu sichern.

Italienische Meinung.

W.T.B. **Rom**, 12. April. Die italienische Presse verurteilt nach wie vor aufs schärfste die französische Gewaltpolitik. Der „Secolo" schreibt: Frankreich, das die Ungerechtigkeit militärischer Besetzung aus eigener Erfahrung kennt, gibt jetzt ein Beispiel der Gewalttätigkeit und will Deutschland neues Land entreißen. Aber **Frankreich muß wissen, daß es völlig allein ist.** Italien wird Frankreich nicht helfen, nicht einmal mit der indirekten, bedingtesten Zustimmung. — Uebrigens soll nach italienischen Blättern Deutschland sehr bald einen Botschafter anstatt einen bloßen Geschäftsträger nach Rom schicken.

Die Agonie der englisch-französischen Allianz berichtet der Pariser Berichterstatter der „Idna Nationale" über die hochgradige Nervosität und die Besorgnis der französischen Kreise und ihrem Groll gegen England. Die englische Regierung und Presse hätten England bis Samstag abend hingehalten, um es dann plötzlich vor die Wirklichkeit zu stellen, die keinen Aufweg offen läßt. Frankreich sei aufs schwerste getroffen und zähle heute verbitterten Herzens die infolge seiner blinden egoistischen Politik verlorenen Freunde. Millerand sei bereit, die Truppen zurückzuziehen, vorausgesetzt, daß das Ruhrgebiet geräumt werde. Die „Idna Nationale" schließt, die Allianz ist also tot, England braucht sie nicht mehr.

Die Haltung der Un[illegible]

W.T.B. **Washington**, 12. April. (Reuter.) Soweit in Erfahrung zu bringen ist, ist das Staatsdepartement in der Ruhrfrage der Ansicht, daß man der deutschen Regierung gestatten müsse, in das Ruhrgebiet eine **angemessene Truppenzahl** zu entsenden, die notwendig sei, um die **Ordnung** wieder herzustellen. Frankreich ist über die Stellung Amerikas vollständig unterrichtet. Man ist der Ansicht, daß die Stellung der Vereinigten

Staaten auch im Verlaufe der Unterredungen zwischen Wallace und Millerand keine Aenderung erfahren habe. Die Ansicht Amerikas geht dahin, daß es sich bei der ganzen Frage um den Umfang der Unruhen und darum handelt, ob die Regierung Ebert in der Lage ist, mit der geringen, ihr durch den Waffenstillstand gestatteten Truppenmacht die Kontrolle zu behalten.

Aus Stadt und Bezirk.

* **Durlach**, 12. April. Dem ehemaligen Vizefeldwebel **Karl Grub** hier, Kelterstraße 13, wurde heute das **Eiserne Kreuz 1. Klasse** für s. Zt. bewiesene Tapferkeit vor dem Feinde verliehen.

Kspr. **Durlach**, 2 April. (**Bürgerausschußsitzung.** Schluß.) Bürgermeister Dr. **Zierau**: Nach Lage der jetzigen Gesetzgebung ist an eine Kommunalisierung — Ueberführung der Kinos aus dem Privat- in städtischen Besitz — nicht zu denken. Einzelne Städte haben Kinos angekauft und in eigene Regie übernommen, was aber mit der Kommunalisierung nicht verwechselt werden darf; eine allgemeine Monopolisierung kann nur durch ein Gesetz in die Wege geleitet werden. Die Regierung ist dieser Frage durch eine Anfrage an die Städte näher getreten. Bis heute besteht auch für die Kinos die Gewerbefreiheit und es kann die Errichtung bezw. Eröffnung eines Kinos in einer Stadt nur aus baupolizeilichen Gründen — wenn solche verletzt werden — verweigert werden. Dem Wunsche des BAM. Fürst betr. Nachlaß der Lustbarkeitssteuer bei Schülervorstellungen wird seitens des Gemeinderats Rechnung getragen werden. Betr. Höhe der Steuersätze, welche der Gemeinderat vorgeschlagen, habe man sich der Stadt Karlsruhe angeschlossen.

BAM. **Fürst** (Ztr.) zieht seinen Antrag betr. erhöhter Besteuerung zugunsten des von BAM. Meßmer beantragten Satzes — 40 % Erhöhung zurück.

BAM **Meßmer** (Dem.) weist darauf hin, daß ein hiesiger Kinobesitzer hier fast keine Steuer bezahle, sondern in Karlsruhe, wo er wohnhaft sei. Aehnlich verhalte es sich mit den Karussel- und Schießbudenbesitzern, die eine jährliche Taxe (36 M) bezahlen, wovon der Staat die eine, die Gemeinde die andere Hälfte zu beanspruchen hat. Diese Leute sind bald hier, bald dort und ob eine Gemeinde ihren Betrag erhält, ist dann oft noch fraglich. Aus all diesen und noch andern Gründen kann man von einer indirekten Besteuerung nicht sprechen. Betr. Beurteilung hinsichtlich des sittlichen Standpunkts freue es ihn, auch die U.S.P. auf dem gleichen Standpunkt zu finden; sie sollte daher betr. Besteuerung ihren oppositionellen aufgeben und auch bedenken, daß viele dieser Leute, die unsere Stadt besuchen (Karussel-, Schießbudenbesitzer), vom sittlichen Standpunkt aus betrachtet nicht immer als einwandfreie Elemente angesehen werden können.

Gemeinderat **Kindermann** (U.S.P.): Wir stimmen aus politischer Ueberzeugung gegen **alle** indirekten Steuern. Die ganze Steuergesetzgebung, die Art und Weise der Verteilung der Lasten, ist eine durchaus ungerechte und verfehlte. Die Lustbarkeitssteuer wälzt der betr. Besitzer eines Kinos usw. aufs Publikum ab, das zahlt die Steuer und ihn trifft man nicht, er geht leer aus.

BAM. **Bitschenauer** (M.-Soz.): Seine Partei würde der gemeinderätlichen Vorlage zustimmen, lehne aber eine darüber hinausgehende Besteuerung ab. Betr. § 11 wünsche sie eine zweckdienliche Berücksichtigung der Fußballwettspiele. Redner bedauert, daß diese ganze Steuer überhaupt nötig war; das Kino war bis jetzt das Theater des armen Mannes, würde aber auch von bürgerlicher Seite aus besucht. Einer Kommunalisierung stehe auch er sympathisch gegenüber.

Frau Gemeinderat **Knecht** (M.-Soz.): Die Kinosteuer trifft kein Lebensbedürfnis; im Gegenteil, die Kinos haben sich nach und nach zu einem ganz bedenklichen Volksgeschwür ausgewachsen, weil sie aus lauter Profitgier nicht mehr Maß und Ziel zu halten wissen. Um dem entsittlichenden Einfluß entgegenzuwirken, müssen die Eltern auf die Kinder einwirken, daß sie die Kinos nicht besuchen, ausgenommen Schülervorstellungen belehrenden Charakters. Die meisten Stücke, welche vorgeführt werden, erregen die Sensationslust und sind elender Schund. Eine kräftige Besteuerung der Kinos ist am Platze. Die Errichtung eines Volkshauses in jeder Stadt läge mehr im Interesse der Bevölkerung.

BAM. **Kleiber** (U.S.P.): Allgemein wird anerkannt, daß die Kinos ein Geschwür am Volkskörper sind; man ziehe daraus doch die allein richtigen Konsequenzen und gehe dem Geschwür zu Leibe, indem man die Spielplanzensur einführt. Tatsächlich bilden die vorgeführten Stücke vielfach nur eine geistige Fortsetzung der Schundliteratur; die Jugend wird hinsichtlich des Moralbegriffs dadurch degeneriert, verdorben. Es müßte eine Kommission, zusammengesetzt aus ernsten Männern und Frauen aller Bevölkerungs- und politischen Schichten eingesetzt werden, welche eine Spielplanzensur vornimmt.

BAM. **Mietze** (U.S.P.): Die sog. sozialdemokratisch-demokratische Regierung glaubt den Staat mit solchen indirekten Steuern zu retten; meine Partei aber lehnt jede indirekte Besteuerung der unteren Volksklassen ab. Wir sind für Verstaatlichung der Kinos, für jetzt aber zunächst dafür, daß die Kinos gezwungen werden, ordentliche Stücke zu spielen.

Nach dieser Debatte gab Bürgermeister Dr. **Zierau** den Abänderungsantrag zahlenmäßig bekannt; eine zunächst im Gemeinderat vorgenommene Abstimmung ergab 8 Stimmen dafür, 8 dagegen. In diesem Fall entscheidet bei Stimmengleichheit endgültig die Stimme des Vorsitzenden, der sich sodann für den Abänderungsantrag entschied.

Im Bürgerausschuß waren 32 Stimmen dafür, 36 dagegen.

Nun erfolgte die Abstimmung bei Zugrundlegung der Karlsruher Sätze; sie ergab eine Mehrheit. 11 Stimmen (U.S.P.) waren dagegen.

Vorlage 7: Geländeveräußerung — belanglos.

Vorlage 8: Erhöhung des Dienstgehalts der Gemeinderäte begründete der Vorsitzende mündlich mit der stets umfangreicher werdenden Inanspruchnahme derselben. Vorlage gegen 1 Stimme aus den Reihen der U.S.P. angenommen.

Vorlage 9: Aenderung der Satzungen der städt. Sparkasse nach einer kurzen Anfrage seitens des BAM. **Odenwald** (Fr. B.-V. u. D.-Nat. P.) ohne Debatte angenommen.

Schluß der Sitzung 9 Uhr.

B. **Durlach**, 10. April. (**Tuberkulosebekämpfung.**) Unter den verschiedenartigsten Folgeerscheinungen des langen Krieges, der ungenügenden Ernährungsverhältnisse und der jetzigen Lebensweise hat sich die Tuberkulose, der schlimmste Feind der Volksgesundheit, in unserer Bevölkerung ungeheuer vermehrt. Die Sterblichkeitsziffern weisen in den letzten Jahren eine geradezu erschreckende Zunahme auch im Volksstaat Baden auf. Nachdem seit Einsetzen einer planmäßigen Bekämpfung der Tuberkulose um die Jahrhundertwende eine erfreuliche Abnahme der Sterblichkeit von Jahr zu Jahr zu konstatieren war, stieg dieselbe seit 1915 derart, daß schon 1917 die Höhe der Sterblichkeitskurve von vor 20 Jahren erreicht wurde. Was bedeutet dies? Eine beängstigende Schwächung unserer Volkskraft. Die Tuberkulose ist eine **übertragbare Krankheit**; sie ist **vermeidbar** und auch im Anfangsstadium heilbar. Um eine wichtige soziale Aufgabe zu erfüllen, hat sich auch der Gemeinderat entschlossen, einen Ortsausschuß zur Bekämpfung der Tuberkulose für das Gebiet der Stadt Durlach ins Leben zu rufen. Den Vorsitz führt Bürgermeister Dr. Zierau. Nach Schaffung und Einrichtung der erforderlichen Räume werden **unentgeltliche** Beratungsstunden durch den Fürsorgearzt, Bezirksarzt Dr. Bruch, abgehalten werden. Es wird Sache der Schulärzte und der Gewerkschaften sein, alle zu ihrer Kenntnis gelangenden tuberkuloseverdächtigen Kinder und Erwachsene dem Arbeitsausschuß des Ortstuberkuloseausschusses (Rathaus) namhaft zu machen. Sobald die Beratungsstunden beginnen können, wird weitere Mitteilung folgen.

M. **Durlach**, 12. April. (**Sport.**) Resultate des F.-C. Germania vom 11. April: 1. Mannsch. geg. Baden-Baden 1. 1:0, Halbzeit 0:0, 2. Mannsch. geg. T.-B. Aue 1. 3:0, 3. Mannsch. geg. T.-B. Aue 2. 4:1, 4. Mannsch. geg. T.-B. Aue 3. 2:1, 5. Mannsch. geg. F.-C. Mühlburg 6. 1:1, A. H. geg. Phönix A. H. 1:3.

Baden und Nachbargebiete.

--* **Verlängerung der Polizeistunde.** Vom 1. April an ist der Zeitpunkt der Schließung der Schank- und Gastwirtschaften sowie der Vereins- und Gesellschaftsräume, in denen Speisen oder Getränke verabreicht werden, auf 11 Uhr abends festgesetzt. Da die Veröffentlichung im Gesetzes- und Verordnungsblatt nicht rechtzeitig erscheinen konnte, wurden die Bezirksämter ermächtigt, schon vor Veröffentlichung der Verordnung die Offenhaltung der Wirtschaften allgemein bis 11 Uhr zuzulassen.

Die Franzosen in Kehl.

Ueber die wirtschaftspolitischen Beweggründe der Besetzung von Kehl durch die Franzosen läßt sich die „Neue Zürcher Zeitung" aus Straßburg schreiben:

„Als sich die Friedenskonferenz vor Jahresfrist daran machte, über Deutschlands Grenze im Westen zu beraten, verfehlten die Straßburger und zum Teil auch die Pariser Blätter nicht, darauf hinzuweisen, wie wichtig und notwendig es im Interesse Straßburgs sei, **Kehl** in ökonomischer Hinsicht **unter Straßburgs Einfluß** zu bringen. Man verlangte sogar noch mehr: man trat für eine ständige Kontrolle über den Kehler Hafen durch Frankreich ein, die auch dann nicht aufhören dürfe, wenn einmal die besetzte Zone auf der Kehler Rheinseite aufgehoben werde. In der Tat besteht für die Hafenstadt Straßburg **keine Konkurrenzfähigkeit mit Kehl**, wenn diese Stadt an Deutschland zurückgegeben wird. Unterhalb von Kehl wurde bereits mehrere Jahre vor dem Waffenstillstand ein **Hafen** ausgebaut; die Arbeiten waren in kurzer Zeit beendigt, da der badische Staat die Kosten bestritt; als dagegen die Stadt Straßburg ihren Hafen anlegte, dauerte der Ausbau, da die Stadt auf ihre eigenen Mittel und Gelder angewiesen war, acht bis neun Jahre. Die Entwicklungsfähigkeit des Hafens von Straßburg ist zudem begrenzt; eine weitere Ausdehnung ist unmöglich und undenkbar. Auf der einen Seite umgrenzt der Vorort Neudorf, auf der anderen Seite die Stadt Straßburg selbst den Hafen.

Unter dem deutschen Regime hatte es ganz den Anschein, als sei der Kehler Hafen nur dazu bestimmt, Straßburg allmählich durch die stete Konkurrenz gewaltsam in den Hintergrund zu drängen; alle Vergünstigungen wurden Kehl gewährt, während man dem Straßburger Hafen den Einfluß zu rauben suchte. Mit dem Einzuge der **Franzosen** hatte dann Straßburg so viele große Probleme zu lösen, daß es der Stadt ganz unmöglich war, dem Hafenproblem so viel Geld und Zeit zuzuwenden, wie die Stadt Kehl, die eben nur mit diesem Hauptproblem beschäftigt war. Als Hafenstadt wird Straßburg, wenn Kehl nicht unter seiner Kontrolle bleibt, gegenüber seinem Nebenbuhler nicht viel vermögen. Nur durch die **Besetzung Kehls** durch französische Truppen ist Straßburgs Hafen vor der Konkurrenz vorläufig sicher; aber man fürchtet dafür, daß der Kehler Hafen dem Straßburgs und damit der wirtschaftlichen Entwicklung dieser Stadt selbst den Todesstoß versetzen wird, wenn einmal der entwicklungsfähigere Nebenbuhler des zwar ökonomisch, geographisch und geschichtlich begründeten Straßburger Hafens sich **frei** und ohne französische Kontrolle betätigen darf."

** **Mannheim**, 11. April. Die hiesige und die Karlsruher Einwohnerwehr haben ein Telegramm an die bad. Regierung und an den Reichskanzler gerichtet, indem sie gegen die Auflösung der Einwohnerwehren Einspruch erheben. Auch die Stadtverwaltung von Mannheim hat gegen die Auflösung der Einwohnerwehren Stellung genommen.

** **Kehl**, 11. April. Die Bäcker sind hier in den Ausstand getreten. Als Grund dafür wird angegeben, daß der Kommunalverband einem Bäcker das Geschäft schloß, dem vorgeworfen wurde, daß er Brot ohne Karten zu hohen Preisen abgegeben und sich an Mehlschiebungen beteiligt hätte. — Die Leiche der Eisenbahngehilfin Elisa Schlundecker, die wegen ein Liebesverhältnisses den Tod im Wasser suchte, ist bei Wanfenau im Elsaß geborgen und begraben worden.

** **Kehl**, 11. April. Wie wir schon vor einigen Tagen berichteten war kürzlich versucht worden in einem Kraftwagen Silberbarren im Gewicht von 72 Kilogramm von Kehl nach Frankreich zu verschieben. Hierzu wird noch mitgeteilt, daß an der Schiebung ein lediger Koch von Kehl und ein verheirateter Stadtrat von Straßburg beteiligt waren. Als sie sich von Fahndern des Landespreisamts Karlsruhe beobachtet sahen, ergriffen sie die Flucht in ihrem Kraftwagen und versteckten die Silberbarren auf einer Wiese bei Auenheim. Den Fahndern gelang es aber, die versteckten Barren ausfindig zu machen und einen der Schieber zu verhaften. Der zweite Schieber, der Straßburger Stadtrat, ist entkommen.

** **Kehl**, 11. April. Nachdem der Schmuggel über die Rheinbrücke durch den deutschen Zoll versperrt ist, wird er mit Schiff über den Rhein betrieben. Bei Goldscheuer-Marlen kam man lt. Bad. Nachr. einer 12köpfigen Schmugglerbande auf die Spur. Auch von anderen Orten aus werden Schmuggelfahrten unternommen.

** **Oberharmersbach**, 11. April. Die Gemeinde Oberharmersbach hat bei einem Kriegerfeste allen ansässigen Kriegern oder ihren Hinterbliebenen ein Geschenk von 50 Mark gegeben, auch den elf Veteranen aus den Kriegen von 1866 und 1870/71. Jedes Schulkind bekam ein kleines Andenken.

** **Waldkirch**, 12. April. Die Kriegsfolgen machen die Weiterführung des weit über Baden hinaus bekannten Erziehungsheims (Realschule) von Dr. Pläßn in Waldkirch als reinen Privatbetrieb über den Schluß des Schuljahres hinaus (Juli) unmöglich. Mit Gemeinde und Regierung sind deshalb Verhandlungen angebahnt worden, die hoffentlich dahin führen, daß die bewährte Anstalt, die bisher schon für etwa 100 Schüler aus Waldkirch und Umgebung

Das Schloß der Sehnsucht. 65

Roman von Anny v. Panhuys.

(Fortsetzung.)

Beate bangte plötzlich davor, Ernst v. Holms gegenüberzutreten. Wahrhaftig, er würde es von ihrem Antlitz ablesen, wie sehnsüchtig sie seither an ihn gedacht. Wie einem ängstlichen Backfischchen war ihr zumute und leise flüsterte sie der Mutter zu:

„Empfange du bitte, Herrn v. Holms, ich komme gleich nach."

„Aber Beate! Du, die berühmte Kinodarstellerin, solltest nicht die Miene und Haltung annehmen können, die nötig ist, einen Menschen vollkommen über die Gedanken, die dich bewegen, zu täuschen?" —

Beate lächelte abwesend.

„Tue mir den Gefallen, Mutter, und begrüße Herrn von Holms", wiederholte sie bittend, „du denkst an Dinge, die gar nicht sind, ich möchte ja nur eine frische Bluse anziehen."

Um Frau Rüdigers Mund glitt ein belustigter Zug.

„Also ziehe eine frische Bluse an, ich werde dem Herrn Kammerrat inzwischen „Guten Tag" sagen."

So ging denn Frau Rüdiger ins Besuchszimmer und übersah geflissentlich die Enttäuschungsmiene, mit der ihr Ernst von Holms entgegenschaute, weil er erwartet hatte, eine andere eintreten zu sehen. —

Der Kammerrat war wirklich erschrocken.

Was war mit Beate, weshalb kam sie ihm nicht als Erste entgegen? Hatte sie sich nicht so sehr nach einem Wiedersehen gesehnt wie er? War es eine Täuschung gewesen, was er aus ihren Briefen herauszulesen gemeint?

„Meine Tochter wird sogleich erscheinen!"

Diese Worte der Dame gaben ihm seine lächelnde Ruhe zurück und er erzählte, welcher Grund ihn nach Berlin geführt.

Frau Rüdiger war der Besuch des Kammerrats gar nicht besonders angenehm. Wenngleich sie auch schon oftmals gedacht hatte, Beate ist schön und ihr Ruf tadellos genug, um die Gattin des vornehmen, schlanken Mannes zu werden — der zwischen den beiden in letzter Zeit besonders lebhaft gewordene Briefwechsel berechtigte sie zu der Hoffnung — so kam es nun plötzlich gleich einem Bangen über sie.

Wie sie so plaudernd dem Kammerrat gegenübersaß, wollte ihr das, was ihr noch vor kurzem etwas Alltägliches und Selbstverständliches geschienen, fast unmöglich dünken. Denn schließlich gab die Entscheidung Herrn v. Holms nicht den Ausschlag, sondern die Rücksicht auf seine Stellung, die ihm doch, wie man leicht seinen Reden entnehmen konnte, ganz besonders lieb und wert war.

Der Fürst würde sicher nicht gestatten, daß sein erster Hofbeamter sich eine „Schattenspielerin" als Gefährtin in das schöne Odenwaldschloß holte.

Frau Rüdiger wollte sich gewaltsam von ihren Gedanken losreißen, die von Mutterliebe angespornt, weit über das Ziel hinausstürmten.

Beate und der Kammerrat kannten sich persönlich ja noch viel zu wenig. Wenn nur der Briefwechsel nicht gewesen wäre und Beates seltsames Benehmen vorhin. Glutrot war sie geworden, da sie den Namen auf der Karte gelesen.

Selbst dem Mädchen mußte das aufgefallen sein.

Während ihre Gedanken immer noch sprunghaft weiterhasteten, und sie dabei in das Geplauder des Besuchers ab und zu ein kurzes Wörtchen einschob, um ihre Unaufmerksamkeit zu verdecken, tat sich die Tür auf.

Beate trat ein und Ernst v. Holms flog wie emporgeschnellt von seinem Stuhl auf.

Seine Verbeugung fiel so tief aus, als stände er vor einer regierenden Fürstin.

Wie wunderhübsch das blonde Mädel aussah!

Holms glitt es wieder gleich einem raschen Bedauern durch den Sinn, weshalb mußte sie, die Reizende, Liebliche, sie, die ihm unter allen Frauen am besten gefiel, gerade einen Beruf gewählt haben, der ihre Person so stark in die Oeffentlichkeit zwang?

Das war eine Sache, über die man sich nicht so ohne weiteres hinwegsetzen konnte.

Die beiden reichten sich zur Begrüßung die Hand und Frau Rüdiger freute sich, wie ruhig und damenhaft kühl Beate sich mit dem Kammerrat unterhielt. So war es recht. Erstens durfte nach ihrer Ansicht ein Mädchen einem Mann seine Neigung nicht allzu deutlich merken lassen, ohne sich etwas zu vergeben, und zweitens war in diesem besonderen Falle doppelte Vorsicht geboten.

Holms erklärte nun auch Beate den Zweck seiner plötzlichen Reise hierher und dann kam man auf die Dose zu sprechen.

Beate riet hin und her, weshalb sich wohl der so zahlungsfähige Dosensammler eines falschen Namens bedient haben sollte. Sie fand durchaus keinen Grund dafür, fand ihn ebensowenig wie ihn bisher Holms oder der Detektiv gefunden.

Frau Rüdiger meinte, das Dienstmädchen Marie habe betont, es sei ihr später erst aufgefallen, daß dem Herrn sehr daran gelegen sein mußte, die Dose recht schnell in seinen Besitz zu bringen, denn er habe sich fast benommen, als sei er auf der Flucht. Beate klagte sich wieder an, die Schuld an der unangenehmen Geschichte zu tragen, und Holms war froh, weder ihr, noch vorher der Mutter verraten zu haben, daß man nunmehr nicht nur die Dose allein, sondern in ihr noch kostbarere Werte suchte. Wenn sie das wüßte, würde sie sich sicher noch viel mehr Vorwürfe machen, und das durfte nicht sein. —

Frau Rüdiger wich und wankte nicht. Sie war zu dem Schlusse gelangt, die beiden nicht eine Minute allein zu lassen. Sie traute dem Manne nicht recht, es glimmte etwas auf dem Grunde seiner Augen, was ihr verdächtig war. Ging sie zur Tür hinaus, so mochte das auf ihn wirken, als bliese der Wind in glühende Asche und entfache eine helle, lodernde Flamme.

Aber zugleich fühlte sie sich herzlich ungemütlich. Denn sie hätte jetzt in der Küche nach dem Rechten sehen müssen, die Marie war zuweilen gar nicht zuverlässig.

Sie rückte unruhig auf dem Stuhl hin und her. Ein brenzlicher Geruch drängte sich durch die Türspalte. Es mußte etwas angebrannt sein.

Schien es ihr nur so, oder hob auch Herr von Holms wie in leichtem Wittern die Nase? —

Wahrhaftig! — Und auch Beate.

(Fortsetzung folgt.)

eine öffentliche Schule war, wettergeführt werden kann. — Die vor dem Kriege stets bis auf den letzten Platz besetzte Anstalt wurde vor 55 Jahren begründet und steht seit 30 Jahren unter ihrem jetzigen Leiter.

** **Bad Dürrheim**, 11. April. Die hiesige Gendarmerie ist dem Treiben eines raffinierten Schwindlers, der sich fälschlich Fritz Hast und Fritz Haas nennt, dessen Wohnort noch unbekannt ist, auf die Spur gekommen. Der Gauner spielte sich als Vertreter einer bedeutenden Leimfabrik auf und wickelte von hier aus seinen ganzen Geschäftsbetrieb ab. Mit einer Firma in Mosbach und einer solchen in München z. B. schloß er größere Lieferungsverträge ab, schickte dann den Firmen die natürlich gefälschten Duplikatfrachtbriefe der Mannheimer Lagerhausgesellschaft zu, worauf zwei Bankhäuser in Villingen, die Rheinische Kreditbank und die Villinger Bank, von den beiden Firmen telegraphisch angewiesen wurden, zweimal je 25 000 Mark auszubezahlen. Weiter waren dem Gauner von einer Münchener Firma noch 110 000 Mark in Villingen deponiert worden. In Bad Dürrheim lebte der Schwindler auf großem Fuße und zahlte den Postboten ansehnliche Trinkgelder; ganze Stöße Geschäftsbriefe und Telegramme wurden bei der Haussuchung bei dem inzwischen verdufteten Gauner beschlagnahmt und der Staatsanwaltschaft nach Konstanz eingeschickt. Möglicherweise handelt es sich um einen gewissen Obermeyer, der von der Staatsanwaltschaft Konstanz wegen Betrügereien in Singen und Sigmaringen gesucht wird.

** **Hornberg**, 10. April. Hier hat ein Geschäftsmann, um schnell reich zu werden, Maulwurfsfelle zu hohem Preise aufgekauft, um sie zu noch viel höherem Preise wieder loszuschlagen. Durch den plötzlichen einsetzenden Preissturz, soll er nun einen Verlust von 7 000 Mark zu verzeichnen haben. Auch im Bezirk Ettenheim soll ein Händler wohnen, dessen Verlust in der Maulwurfsfellspekulation sich auf nicht weniger als 40 000 Mark beläuft.

** **Lörrach**, 11. April. Eine für den bad. Arbeitsmarkt interessante Statistik wird vom Kanton Basel-Stadt veröffentlicht. Darnach sind vom Oktober bis Dezember 1919 1103 Dienstboten neu nach Basel gekommen, unter denen allein 669 Ausländer, zum größten Teil Badener, waren.

Das neue Reichswahlgesetz.

Ueber die Wahlgesetzvorlage besteht in weiten Kreisen noch große Unklarheit. Der Sachverhalt ist nach der Darstellung der Berliner Demokr. Parteikorr. folgender:

Ursprünglich war bekanntlich die Vonahme der Wahlen im Herbst geplant. Bis dahin hätten sich die Arbeiten der Nationalversammlung, die unmittelbar mit ihrer Aufgabe als verfassungsgebende Körperschaft zusammenhängen, erledigen lassen, und es wäre auch die Frage der Abstimmungsgebiete geklärt worden, die bei einer früheren Wahl jedem Vaterlandsfreund die ernstesten Sorgen bereiten muß. Auch wäre es bis dahin möglich gewesen, das neue Reichstagswahlgesetz, das im Reichsministerium des Innern ausgearbeitet ist, und nach übereinstimmender Anschauung ganz wesentliche Vorzüge vor dem bisherigen enthält, in der Nationalversammlung so rechtzeitig durchzuarbeiten, daß die Parteien Zeit gehabt hätten, auf Grund des neuen Wahlgesetzes mit seiner neuen Wahlkreiseinteilung und der Einrichtung der sogenannten elastischen Wahlkreise die Wahlvorbereitungen zu treffen.

Diese gesamte Sachlage hat sich dadurch verändert, daß die Reichsregierung sich mit Rücksicht auf die Angriffe wegen Verzögerung des Wahltermins und den damit begründeten Kapp-Putsch entschlossen hat, zur Vermeidung einer weiteren Verwirrung der Gemüter, die Wahlen schon vor der Ernte, also im Juni, vorzunehmen. **Bis dahin ist eine Verabschiedung des neuen Wahlgesetzes** und eine Abwicklung der mit diesem Wahlgesetz für die Wahlbehörden und die Parteien verbundenen Arbeiten **nicht möglich.** Andererseits kann aber **auch nicht das alte Wahlgesetz** der Wahl zugrunde gelegt werden, weil es überhaupt nicht auf Gesetz, sondern auf **Verordnung** beruht, und weil manche Aenderungen namentlich mit Rücksicht auf die Abstimmungsgebiete unbedingt erforderlich sind. Der aus dieser Sachlage notwendig werdende Entwurf konnte dem Reichsrat und der Nationalversammlung vor den Osterferien nicht mehr vorgelegt werden. Um aber zu vermeiden, daß die Beratung im Reichsrat und die erste Lesung in der Nationalversammlung erst nach Ostern stattfände, hat der Reichsminister Koch den schon **vor dem Kapp-Putsch vorliegenden Entwurf** noch vor den Osterferien zur Beratung in erster Lesung in die Nationalversammlung gebracht, dabei aber alsbald erklärt, daß eine **völlige Durchberatung dieses gänzlich neuen Wahlverfahrens** in der kurzen zur Verfügung stehenden Zeit **nicht mehr möglich** sein werde.

Der **Vorteil** dieses Verfahrens liegt darin, daß nunmehr bereits vor dem Zusammentritt der Nationalversammlung nach den Osterferien in eine Beratung über die Gestaltung des Reichswahlverfahrens in der **Verfassungskommission** der Nationalversammlung eingetreten werden kann, **wodurch mehrere Wochen gewonnen werden.**

Bei dieser Sachlage ist es schwer möglich, heute schon anzugeben, welche Gestalt die Verfassungskommission, die am gestrigen Montag den 12. April zusammentrat, dem Wahlgesetzentwurf geben wird. Der Reichsminister des Innern hat erklärt, daß er bei der Lage der Sache an der **gegenwärtigen Wahlkreiseinteilung** im allgemeinen festhalten werde. Nur zu kleine Wahlbezirke sollen vergrößert werden, weil sie sonst zu viel überschüssige Stimmen abgeben müßten. An dem Gedanken des Entwurfs, wonach **auf 60 000 Stimmen ein Abgeordneter** als gewählt zu betrachten ist, wird voraussichtlich festgehalten werden, da er eine wesentliche Vereinfachung bedeutet. Ganz besonders schwierig ist die Frage der **Abstimmungsgebiete.** Wie der Reichsminister des Innern in der Nationalversammlung mitgeteilt hat, hat noch unlängst der Abstimmungskommissar für Masuren, Herr von Gayl, auf das dringendste gewarnt, hier Wahlen zur Nationalversammlung vornehmen zu lassen, solange eine Abstimmung nicht erfolgt ist. Es wird aller Voraussicht nach nichts übrig bleiben, als die **Wahlen in den Abstimmungsgebieten bis nach den Abstimmungen auszusetzen.** Aber das bedeutet eine schwere Probe für das Deutschtum in den Abstimmungsgebieten. Diejenigen, die mit solcher Entschiedenheit die Gründe für die Wahlen im Herbst immer wieder als vorgeschoben in den Wind geschlagen haben, werden sich der vollen Verantwortung für den Schaden, den sie anrichteten, nicht entziehen können.

•

Der der Nationalversammlung zugegangene Entwurf des neuen Reichswahlgesetzes bemüht sich, die Wahlkreise annähernd gleich zu gestalten. Er rechnet auf je 120 000 Einwohner 1 Abgeordneten, wobei ein Ueberschuß von 60 000 Einwohnern vollen 120 000 gleichgestellt ist. Der Umfang der Wahlkreise ist so bemessen, daß auf jeden Wahlkreis in der Regel vier, ausnahmsweise 5 oder 3 Abgeordnete entfallen. So kommt es, daß der Freistaat Baden, der bei den Wahlen zur deutschen Nationalversammlung im Januar 1919 einen einzigen (33.) Wahlkreis bildete, in 4 Wahlkreise verlegt wird: Nr. 106 Konstanz, Nr. 107 Freiburg, Nr. 108 Karlsruhe, Nr. 109 Mannheim. Zum Wahlkreis Konstanz gehören die Kreise Konstanz, Villingen, Waldshut und Lörrach (ausschließlich Amtsbezirk Müllheim). Zum Wahlkreis Freiburg der Amtsbezirk Müllheim und die Kreise Freiburg und Offenburg. Zum Wahlkreis Karlsruhe die Kreise Baden, Karlsruhe, der Amtsbezirk Eppingen und ein Teil des Amtsbezirks Sinsheim. Zum Wahlkreis Mannheim die Kreise Mannheim, Mosbach und Heidelberg (außer Amtsbezirk Eppingen und dem genannten Teile von Sinsheim). Die Wahlkreise Konstanz und Freiburg sind für je 4 Abgeordnete bemessen, Karlsruhe und Mannheim für ej 5. Damit soll nicht etwa die Zahl der zu wählenden Abgeordneten festgelegt werden, da der Entwurf im Gegenteil keine Höchstzahl der Abgeordneten bestimmt, sondern im Gegenteil vorsieht, daß auf je 60 000 Stimmen 1 Abgeordneter entfällt. Die Zahlen 4 und 5 sind aber deshalb von Bedeutung, weil nach dem Entwurfe die Kreiswahlvorschläge höchstens anderthalb soviel Namen enthalten dürfen, wie die Zahl der Abgeordneten beträgt, für die der Wahlkreis bestimmt ist, also 6 oder 8. Insgesamt sieht der Entwurf 122 Wahlkreise vor, für die eine Zusammenfassung zu 21 Wahlverbänden vorgeschlagen wird, die es kleinen Wählergruppen ermöglichen sollen, öffentlichen Kandidaten zur Wahl zu verhelfen. Die vier badischen Wahlkreise sind zum Verbandswahlkreis „Baden" zusammengeschlossen.

Drahtnachrichten.

Hölz im Vogtland.

T.U. **Dresden**, 12. April. In **Plauen** fanden am Samstag vier Versammlungen statt, die von vielen tausend Zuhörern besucht waren. Bei der Versammlung im Schillergarten sprach Hölz und erklärte, daß er Mitteilung erhalten habe, daß von Chemnitz aus Truppen auf Plauen anrückten. Er überlasse nunmehr der Arbeiterschaft, in den geschlossenen Generalstreik einzutreten. Die Versammelten stimmten dem zu und Hölz ließ daraufhin sämtliche Kirchenglocken eine Viertelstunde lang läuten, zum Zeichen, daß der **Generalstreik nunmehr begonnen habe.**

Plauen, 12. April. Am Samstag kam es hier zu schweren Ausschreitungen der Hölzschen Gardisten. Plünderer durchzogen die ganze Stadt. Ein Teil drang ins Kaffee Trömmel und nahm den Gästen das Geld ab. Der Wirt eines Weinrestaurants, der sich weigerte, 10 000 Mark herauszugeben, wurde fortgeschleppt, später aber wieder befreit. Auch in Privathäusern wurde geplündert. Bei einem Ziegeleibesitzer wurde der Geldschrank erbrochen und ausgeraubt. In der Nacht räumten die Rotgardisten die Stadt und fuhren nach Falkenstein. In Plauen ist es seitdem ruhig. Die Reichswehr ist im Anmarsch, aber noch nicht eingerückt.

Hölz vor der Reichswehr ausgerückt.

Falkenstein, 12. April. **Auf Grund des Anmarsches der Reichswehrtruppen traten in der Nacht vom Samstag zum Sonntag die Brandkommandos der Hölzschen Roten Garde in Tätigkeit und setzten 5 Villen in Brand. Gegen 3 Uhr früh glich die Stadt einem Flammenmeer. Im Hofe des Amtsgerichts ließ Hölz die den Einwohnern abgenommenen Waffen verbrennen. Um 4 Uhr morgens verließen Hölz und seine Anhänger in 10 Autos die Stadt und fuhren nach der mährisch-böhmischen Grenze davon. Seither fehlt jede Nachricht von ihnen. Man nimmt an, daß sie sich in Klingental befinden.**

Die Vorgänge in Chemnitz.

T.U. **Chemnitz**, 12. April. Der Chemnitzer Vollzugsausschuß hat an die Chemnitzer Bevölkerung folgenden **Aufruf** gerichtet: Reichswehrtruppen stehen vor Chemnitz. Die Orte Niederwiesa, Flöha, Mittweida und Frankenberg sind bereits besetzt. Die Chemnitzer Arbeiterschaft hat den Streik abgelehnt. Die Reichswehrtruppen werden nach dem Vogtlande gehen, ohne Chemnitz zu berühren. Diesem Beschluß muß sich der Vollzugsrat fügen. Die Regierung hat versprochen, keine Truppen nach Chemnitz zu schicken. Wenn aber die Regierung dieses feierliche Versprechen nicht innehält und die in so bedrohlicher Nähe der Stadt liegenden **Truppen in Chemnitz einrücken**, hat nach dem Beschluß der drei Arbeiterparteien **der verschärfte Generalstreik** sofort einzusetzen.

T.U. **Chemnitz**, 12. April. In der am Freitag und Samstag in den Betrieben stattgefundenen Urabstimmung stimmten 61 000 gegen und 37 804 Personen für den Generalstreik beim Einmarsch der Regierungstruppen im Vogtlande gegen Hölz und zur Wiederherstellung der Ordnung.

Kleine Nachrichten.

Die Lage im westlichen Industriegebiet. In Remscheid versieht der Oberbürgermeister wieder seine Amtsgeschäfte. Die Lage ist ruhig. Nach Münster sind von den geflüchteten Arbeitern Hunderte wieder an ihre Arbeitsstätte zurückgekehrt. Eine Besetzung Düsseldorfs ist nicht geplant. Man hofft, daß die Waffenabgabe dort ohne besonderen Zwang erfolgt. Aus Hamborn hat die Zentrumspartei telegraphisch die Regierung ersucht, die Truppen nicht zurückzuziehen, zuvor müsse die Sicherheitspolizei verstärkt werden.

Die Opfer der Kämpfe. Der Essener Zentralrat teilte in seiner Sitzung am Donnerstag mit, daß bei den Kämpfen im Ruhrrevier über 600 Zivilpersonen getötet worden sind. Bis Donnerstag waren ferner in den 18 Krankenhäusern im Ruhrrevier 563 Verwundete aufgenommen worden.

Amnestie für die roten Truppen? Der sozialdemokratische Abgeordnete Woldt, der z. Zt. mit dem Abgeordneten Hué das Industriegebiet bereist, teilt mit, daß ein Erlaß des Reichspräsidenten in Vorbereitung sei, der die Frage der Amnestie für die roten Truppen regle. Es sei beabsichtigt, allen Angehörigen der Roten Armee, die bis heute ihre Waffen abgegeben haben, Straffreiheit zu gewähren.

Amtliche Bekanntmachungen.

Bekanntmachung.

Um die stark gefährdete Brotversorgung des Reichs für die nächste Zeit sicher zu stellen, hat das Reichsministerium des Innern angeordnet, daß gemäß § 1 der Verordnung zur Ausführung der Reichsgetreideordnung für die Ernte 1919 vom 1. August 1919 (R.G.Bl. Seite 1367) zur Sicherung der Selbstversorger festgesetzte Mindestkopfmenge von 12 kg Brotgetreide und 9 kg Gerste auf 9 kg Brotgetreide und 3 kg Gerste herabgesetzt wurde.

Hierdurch frei werdenden Getreidemengen sind sofort zu erfassen und wird hierüber den Bürgermeisterämtern des Kommunalverbands Land noch nähere Verfügung zugehen.

Durlach, den 10. April 1920.

Bad. Bezirksamt.

Verhütung von Waldbränden betr.

Unter teilweiser Abänderung unserer Bekanntmachung obigen Betreffs (Durlacher Tageblatt vom 3. lfd. Mts.) machen wir bekannt, daß das Anmachen von Feuer in den Waldungen des Amtsbezirks Durlach oder in der Nähe derselben bis zu einer Entfernung von 50 Schritt vorherige forstamtliche Genehmigung verboten ist.

Das Rauchen in den Waldungen des Amtsbezirks Durlach ist von jetzt an bis zum 30. Juni nicht gestattet.

Ferner bringen wir in Erinnerung, daß junge Anlagen polizeilich verhängte Schläge (Schonungen) Unbefugte nicht betreten werden dürfen. Zuwiderhandlungen werden gemäß §§ 25, 28 Forst-Str.-Ges. bestraft.

Die Bürgermeisterämter des Bezirks werden beauftragt, obige Verfügung in ortsüblicher Weise bekannt zu machen und das Polizei-, Forst- und Feldhutpersonal anzuweisen, mit besonderer Sorgfalt auf die Durchführung obiger Verfügung zu achten und alle Zuwiderhandlungen alsbald zur Anzeige des Bürgermeisteramts zu bringen, welches zur Bestrafung zuständig ist.

Auch in den Schulen ist obige Verfügung bekannt zu geben und der Jugend zu erläutern. Insbesondere ist die Schuljugend in entsprechender Weise darüber zu belehren, wie großer Schaden durch Nichtbefolgen dieser Vorschriften entstehen kann.

Ueber den Vollzug ist binnen 10 Tagen zu berichten.

Durlach, den 9. April 1920.

Badisches Bezirksamt.

Maul- und Klauenseuche in Wolfartsweier betreffend.

Nachdem sich die Seuche in Wolfartsweier weiter verbreitet hat, wird die Erweiterung des Sperrbezirks auf den ganzen unterhalb der Straße Durlach—Ettlingen gelegenen Ortsteil angeordnet mit der Genehmigung zum Fahren mit Tieren aus unverseuchten Gehöften.

Die Gemeinde Aue wird in das Beobachtungsgebiet einbezogen.

Durlach, den 9. April 1920.

Badisches Bezirksamt

Die Bekämpfung der Maul- und Klauenseuche betreffend.

In Oberweier, Amt Rastatt, ist die Maul- und Klauenseuche ausgebrochen.

Durlach, den 10. April 1920.

Bad. Bezirksamt.

2 Spänner, 900 Kilo schwer, Unterwagen mit Federn, welcher sich als Pritschen- oder Wohnwagen eignen würde, zu verkaufen
Fuhrmann Bühler, Mühlburg, Sternstraße 1.

Mignon-Schreibmaschine mit Sichtschrift für 750 ℳ zu verkaufen. Wo, sagt der Verlag d. Bl.

1 guterh. halbfranz. **Bettstelle** mit Rost zu verkaufen Weingarterstr. 44, 3. St.

Die Städtische Sparkasse Durlach
hat ihre
Kassenstunden
nunmehr wie folgt festgesetzt:
Samstags 8—½1 Uhr
an den übrigen Werktagen:
vormittags 8—12 Uhr
nachmittags 2—4 Uhr.
Der Verwaltungsrat.

Zier-Ofen (Porzellan) hat abzugeb. J. Widmann, Durlach, Mittelstraße 8.

Ein Zwerghahn zu verkaufen, kann auch gegen einen Hasen umgetauscht werden. Vortisch, Aue, Gartenstraße 15.

Damenstiefel neu, Nr 37, zu verk. Zu erfragen im Verlag.

Starke **Milchschweine** zu verkaufen Weiherstraße 1.

Zu verkaufen 1 Fahrkuh, großträcht. (Gelbscheck) bei Phil. Lust, Hochburg, Hohenwettersbach

Viktoriawagen zu verkaufen. Seboldstr. 5.

Waschhafen (groß, neu) **Waschzuber** zu verkaufen Kronenstraße 9.

Roßhaarmatratze gut erhalten. Zu verkaufen. Zu erfragen im Verlag d. Bl.

Federpritschenwagen 15—20 Ztr. Tragkraft m. Bock u. Bremse, 1 Nähmaschine m. Fußbetrieb, 1 Tisch und 4 Hocker, 1 Sportwagen m. Dach billig zu verkaufen Wolfartsweier, Haus 28

Photo-Apparat eine Gummi-Pelerine, neues Morgenkleid, ein Paar woll. Gardinen, Kragen (Gr. 37), ein Ofenrohr zu verk. Fechtstraße 6.

Getragener Rock und Weste für mittl. Figur, sowie ein Paar starke Militärschuhe Nr. 40 zu verkaufen. Zu erfragen im Verlag d. Bl.

Eine bereits neue moderne **Gaslampe** zu verkaufen. Näheres Karlsruher Allee 7 II.

Gebraucht. Herd umzugshalber sofort zu verkauf. Herrenstr. 10.

Anzug, noch neu, preiswert zu verkaufen Amalienstr. 33, 1. St.

1 P. Rohrstiefel, Gr. 27½, 1 Rost mit Keil, sowie 1 Klappsportwag., alles preiswert zu verk. Auerstr. 7, 1 St. r.

Ein fleißiges Mädchen das etwas kochen kann, bei hohem Lohn und guter Verpflegung. Näheres im Verlag d. Bl.

Breisgauer Mostansatz empfiehlt vorteilhaft **Jul. Schaefer** Blumen-Drogerie.

Birn-, Kirsch- Nuß- u. Pappelstämme sowie alle andern Hölzer kauft **Wilh. Koch** Hauptstraße 46, 2. St.

Süddeutsche Disconto-Gesellschaft A.-G.

Eigenvermögen mit Reserven 57 Millionen Mark.

Depositenkasse DURLACH, Hauptstrasse 32.

Wir vermitteln den An- und Verkauf **sämtlicher in- und ausländischer Wertpapiere** unter günstigen Bedingungen. Mit fachmännischen Ratschlägen stehen wir gerne zu Diensten. Kurslisten können während unserer Bürostunden kostenlos eingesehen werden. Auch lösen wir Zinsscheine kostenlos ein und besorgen die Erneuerung der Zinsscheinbogen.

Strengste Verschwiegenheit in allen Geschäftsangelegenheiten.

Konsumverein für Durlach u. Umg.

E. G. m. b. H., Durlach.

Zu dem „Eingesandt“ in Nr. 79 dieses Blattes haben wir folgendes zu erklären:

Tatsache ist 1. Seit Bestehen unserer Genossenschaft (Gegr. 1904) wurde noch niemals Seife, am allerwenigsten Reichswaschseife, zum Preise von 10 ℳ verkauft.

Tatsache ist 2. daß wir aus einer verspäteten Lieferung an die in unserer Kundenliste eingetragenen und treuen Familien je ein Stück Reichswaschseife bezw. Feinseife, zum Preise von 1,50 ℳ per Stück abgeben konnten. Schon möglich, daß in ähnlicher Lage mancher unserer „ehrenwerten“ Gegner den ominösen Fingernagel in Bewegung gesetzt hätte, um in dem uns unterschobenen Sinne seine Mitmenschen zu „erleichtern“, denn bekanntlich sucht man keinen hinter dem Busche, wenn man nicht schon selbst dahinter gesessen hat.

Tatsache ist 3., daß wir — wie jedes hierzu Berufene feststellen kann — bezüglich der „hohen allgemeinen Unkosten“ es mit jedem Unternehmen am Platze, insbesondere aber mit unseren Freunden — den Feinden — aufnehmen, obwohl wir den letzteren in Bezug auf die Gehälter unserer Angestellten, sowie sonstiger sozialer Einrichtungen, um einige Pferdelängen voraus sind.

Tatsache ist 4, die genossenschaftliche Warenversorgung ist — trotz der zweifelsohne gegenteilig kapitalistisch-profitsüchtig orientierten Ansicht des Einsenders — eine dringende Notwendigkeit, sollen die Konsumenten nicht ungebührlich belastet werden. Hierfür nur ein Beweis: Wäre die Osterausgabe des Kommunalverbandes ausschließlich durch den Konsumverein verausgabt worden, so wäre für die Gesamtbevölkerung die runde Summe von 13 200 ℳ oder pro Kopf 83 Pfennig erspart geblieben. Diese „hohen allgemeinen Unkosten“ sind in der Hauptsache bedingt durch die unproduktive Warenverteilung des privaten Handels und dessen Organisation.

Tatsache ist 5, daß durch derartige durchsichtige Manöver — denn als solches müssen wir das „Eingesandt“ schon bezeichnen — es keinem „Ehrenmanne“ gelingen wird, das Vertrauen der organisierten Konsumenten in die von diesen als notwendig erachtete gute „Sache“ zu erschüttern. Es wird sich auch dieses „Elaborat“ erweisen als ein Teil von jener Kraft, die stets das Böse will und doch das Gute schafft.

Tatsache ist 6., daß wenn unsere Gegner sagen, daß wir eine „überschwengliche Propaganda“ treiben, das gerade Gegenteil richtig sein muß! Also gut! Wir werden das Versäumte nachzuholen wissen und dafür Sorge tragen, daß die Zahl jener Konsumenten immer geringer wird, welche sich von unseren Gegnern „einseifen“ lassen.

Jene Frau aber, welche für ein Doppelstück Reichswaschseife in einer unserer Verkaufsstellen 10 ℳ bezahlt haben soll, fordern wir auf, den Wahrheitsbeweis hierfür zu erbringen, um eine evtl. Verfehlung eines unserer Angestellten aufzuklären, wenn andererseits nicht angenommen werden soll, daß diese oder der Skribifax von einer schurkenhaften Gesinnung beseelt ist. Aufklärung wird unsererseits dringend erwünscht.

Der Vorstand.

Geschäfts-Eröffnung.

Der Unterzeichnete zeigt hierdurch hochverehrlicher Einwohnerschaft von Durlach und Umgegend sehr ergebenst an, daß er in seinem Hause **Durlach, Schillerstraße 4**, ein

Ingenieurbüro

eröffnet hat und somit ab heute die Lieferung u. Ausführung

elektr. Licht- und Kraftanlagen

sowie **jeglicher Maschinenanlagen** übernehmen wird. Ferner empfiehlt er sich als technischer Berater für einschlägige Projekte u. Ausführungen bei mäßigster Berechnung.

Durch gute Schulbildung und langjährige praktische Tätigkeit bei nur ersten Firmen ist er in der Lage, jeglichen Anforderungen gerecht zu werden und bittet somit um Zuwendung von Aufträgen.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Ludwig Schenkel, Ingenieurbüro

Durlach, Schillerstraße 4.

Packheu

ca. 60 Zentner abzugeben

Liebler & Breyer

Durlach, Kirchstraße 3

Frisches Holländer

Weißkraut

per Pfd. 1 Mk. eingetroffen bei

Gottfried Hauck

Hauptstraße 19. Telephon 332.

Feinste Delikateßheringe

per Stück 40 Pfg., sowie

Süßbücklinge

empfiehlt

Otto Schenck

Telephon 315 Hauptstraße 84.

Kabliau

lebendfrisch eingetroffen sowie

Räucheraal

geräuch. Lachs

geräuch. Schellfische

große Süßbücklinge

Sprottbücklinge

empfiehlt in bekannter Güte

Otto Schöffler

Delikatessen Hauptst. 38

Telephon 493.

Waschfrau

für sofort ges. Vorzust. Weingarterstr. 6 II. l.

Oeffentlicher religiöser Vortrag

im Gasthaus zur Sonne Dienstag den 13. April, abends 8 Uhr:

Thema: Die Bedeutung der Offenbarung Johannes für unsere Zeit

Redner: Prediger Schildhauer-Karlsruhe.

Eintritt frei.

Werkmeister-Bezirksverein Durlach.

Die **Kursteilnehmer** werden ersucht, am **Mittwoch, den 14. April** abends 6 Uhr pünktlich in der Gewerbeschule zu erscheinen.

Nähkurs.

Der hiesige Frauenverein hält am 1. Mai wieder einen 3monatlichen **Handnäh- und Stickkurs** für schulentlassene Mädchen ab.

Kursgeld monatlich Mk. 8.—.

Anmeldungen sind bis 15 April zu richten an Frau **Wüst**, Palmaienstraße 4

Geschäftsverlegung und Empfehlung

Meiner werten Kundschaft zur gefl. Kenntnisnahme, daß ich mein Friseurgeschäft von **Gritznerstr. 2** nach **Hauptstraße 60** verlegt habe und bitte das mir bisher geschenkte Vertrauen auch fernerhin bewahren zu wollen

Hochachtend

Friedrich Woller,

Hauptstraße 60 Friseur.

Landwirtschaftlicher Bezug- und Absatzverein Grünwettersbach

hat einen größeren Posten

Saatkartoffel

zu verkaufen.

Gemüsesetzlinge

Blumenkohl Erf. Zwerg, Kolrabi Wirsing, Rotkraut, Weisskraut,

in kräftiggesunder Ware

Ludwig Allinger, Karlsruhe,

am Friedhof. Tel. 914

Prima

Flegeldrusch-Stroh

zum Füttern ist eingetroffen bei

Hermann Fehrenbach, Aue

Telephon 329

Ich bin durch

№ 557

dem Fernsprechnetz angeschlossen.

Ferdinand Metzler Nachf.

Hans Beyer

Buchhandlung

Durlach, Hauptstraße 4.

Die **Spezialwaffenwerkstätte** Karlsruhe Kaiserstraße 229, Eingang Hirschstraße, übernimmt Waffenreparaturen aller Art wie Neuschäften, Einlegen neuer Läufe, Umändern von Lef. in Centralfeuer, Anfertigung von Flinteneinsteckrohren für Kugelschuß, Brünnieren genaue Anfertigung sämtlicher Ersatzteile nach Muster rasch und preiswert Saub. Arbeit. Schnellste Lieferung auch nach ausw.

Zubehör! Flob.-, Rev.- u. Jagd-Munition!

Waffen-Ratzel.

Tel. 3383 Tel. 3383.

Jugendgruppe des Demokratisch. Vereins Durlach

Die Zusammenkunft heute Dienstag fällt aus, dagegen ist die Jugendgruppe morgen Mittwoch zur Jugendgruppe Karlsruhe eingeladen. Treffpunkt abends ½8 Uhr Durl. Bahnhof, Straßenbahn-Haltestelle. Pünktliches und vollzähliges Erscheinen erwartet

Der Vorstand.

Touristen-Verein „Die Naturfreunde“

(Ortsgruppe Durlach).

Heute Dienstag, 13. April, abends 7½ Uhr, Sitzung der **Photosektion** im Lokal

Am Donnerstag, 15. April, abends 7½ Uhr, Sitzung des Gesamtausschusses, der Führersektion und Musikleitung im Lokal.

Am Freitag, 16. April, **gemeinsamer Spaziergang** über Rittnerthof nach dem Schützenhaus. Daselbst gemütliches Beisammensein

Abmarsch punkt ½8 Uhr vom Marktplatz

Der Obmann

Frische

Landeier

stets zu haben bei

Otto Schenck

Hauptstraße 84.

Email- und Aluminium-

Geschirr

wird repariert (nicht gelötet).

Kupfergeschirr

wird verzinnt

Heinrich Mannherz

Blechnerei und Installations-Geschäft

Pfinzstraße 33.

Leere Flaschen

kauft

Urban Schurhammer

Weinhandlung

Blumenstr. 13.

Wir kaufen

laufend gebrauchte Kisten

Sabolgesellschaft m. b. H. Durlach.

Zigarrenkistchen

gut erhalten, jed Quantum sofort gegen gute Bezahlung gesucht. Wo, sagt der Verlag d. Bl.

Zu kaufen gesucht

2 guterhaltene Mostfässer von 150—250 l, sowie eine Sitzbadewanne. Angebote mit Preis zu richten unter Nr. 432 an den Verlag

---

2 anständige Arbeiter können guten **Mittag und Abendtisch** erhalten

Frau Spahr, Jägerstr. 1, 2 St., lks.

Möbl. Wohn- und Schlafzimmer in schön. Lage an 1 od. 2 Herren zu vermieten. Wäsche ist zu stellen. Daselbst wird eine **Lauffrau od. Mädchen** für tägl. 2 Stunden gesucht

Zu erfragen im Verlag.

Tüchtige Sortiererin

für Lumpen bei gutem Lohn sofort gesucht.

Werner u. Pick,

Kleinsteinbach bei Durlach.

Gewerkschaftsbund der Angestellten

Bezirk Durlach

Mittwoch, den 14. April, abends 8

Monatsversammlung

im „Meyerhof“

Behufs wichtiger Mitteilungen bi... um zahlreiches Erscheinen

Der Vorstand

Die Reise um die Erde in 80 Tagen!

8 Akte.

Neuanfertigung sowie Aufarbeit...

von

Matratzen

Sofa, Divan

Klubmöbel

Zimmer-Tapezieren

(Neueste Musterkarten.)

Tapeziergeschäft A. Spoth

Mühlstraße 16.

Bestellungen auch bei H. Spoth, Friedri...

Daniels Konfektionshau...

Karlsruhe

Wilhelmstr. 34 Fernsprecher 18..

Jackenkleider auf Seidenfutter **Mk 195**

Warnung!

Warne hiermit jedermann, unwahre Aussagen gegen meine Frau zu unterlassen, andernfalls ich gerichtlich vorgehen werde.

Wilhelm Walther, Auerstraße 58, 2 Stock.

Kräftiges Zweitmädchen in eine Familie nach Ahlbeck an der Ostsee gesucht. Anfangsgehalt 75 Mark monatlich. Nach 1 Jahr wird Reise vergütet. Anzufragen bei

Frau Leber, Seboldstr. 8, 2. St.

Mädchen

von 12—14 Jahren, aus nur guter Familie, von 1—7 Uhr nachmittags für Spaziergänge für ein Kind in gutes Haus gesucht. Zu erfragen im Verlag d. Bl.

Gut möbl. helles Zimmer von einz. Herrn per sofort in Durlach zu mieten gesucht. Angebote an Dedder, Ettlingen, Schöllhammerstr. 5

Solider junger Mann sucht per sofort **möbliertes Zimmer.** Ang. unter Nr. 434 an den Verlag dieses Blattes.

Junger Herr sucht auf 1. Mai gut **möbliertes Zimmer.** Angeb. unt. Nr. 429 an den Verlag

---

Möbl. Zimmer bezw. möbl. Wohn- u. Schlafzimmer m. Kochgelegenheit von jungem Ehepaar gesucht. Angebote unter Nr. 425 an den Verlag d. Bl.

Ein Zimmer mit 2 Betten u. Mittags- u. Abendkost. Zu erfragen im Verlag d. Bl.

Möbl. Zimmer

in gutem Hause von j. Kfm. sof. gesucht. Angeb. unt. Nr. 436 an d. Verl.

Dauermieter sucht anständ. **Zimmer**, evtl. mit Kost auf 1. Mai. Angeb. unt. Nr. 418 an den Verl.

Anständiges Fräul. in sucht **möbl. Zimmer** auf 1. Mai. Angeb. unt. Nr. 419 an den Verlag

---

Solider Arbeiter sucht einfach **möbl. Zimmer** per sofort oder 1. Mai. Angebote unt. Nr. 430 an den Verlag d. Bl.

---

1 oder 2 **möblierte Zimmer** möglichst sofort zu mieten gesucht. Angebote unter Leutnant Kopp an den Verlag dieses Blattes.

Möbliertes Zi... od. Wohn- und S... zimmer in Turm... lage möglichst Gartenbenützung... von ält. ledigen ... amten (Dauerm... Ang. unt. Nr. 4.. den Verlag erbe...

Allen voran

Favorit-Sch...

Favorit-Moden... Jugend-Moden... Favor.-Handarb... à ℳ 2—, erhält... **H. Holt...** Hauptstr. ...

Möbl. Zi... auf 15. April ... Lindenstr. ...

Zu verk... Bücher der ... bürgerschule f... Anzuf. Moltk...

Gemüsepfla...

Kohlrabi

Wirsing

Weißkraut

Rotkraut

Salat

Blumenkohl

gibt ab solange ... **Friedr. We...** Grötzingerstr... Tel. ...

Schöne Setzzwi... billig zu verkau... Karlsr. Allee 9 ...

Himbeerpfla... sind abzugeben ... Adlerstr...

empfiehlt

Adler-Dro...

E. Bau...